

Hansestadt Stralsund
Bürgerschaft

Niederschrift
der Dringlichkeitssitzung der Bürgerschaft

Sitzungsdatum: Montag, den 28.02.2022
Beginn: 14:00 Uhr
Ende: 15:07 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Löwenscher Saal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Peter Paul

Mitglieder

Herr Michael Adomeit

Frau Ute Bartel

Herr Stefan Bauschke ab 14:02 Uhr

Herr Volker Borbe

Herr Bernd Buxbaum

Frau Dr. Heike Carstensen

Frau Kerstin Chill

Frau Heike Corinth

Frau Sabine Ehlert

Herr Frank Fanter

Frau Friederike Fechner

Frau Olga Fot

Frau Sandra Graf

Herr Robert Gränert

Herr Mario Gutknecht

Herr Thomas Haack

Herr Maik Hofmann ab 14:15 Uhr

Frau Anett Kindler

Herr Ralf Klingschat

Frau Andrea Kühl

Herr Rüdiger Kuhn

Frau Josefine Kümpers

Herr Michael Liebeskind

Herr Detlef Lindner

Herr Michael Philippen

Herr Thoralf Pieper

Herr Marc Quintana Schmidt

Frau Maria Quintana Schmidt

Herr Tino Rietesel

Herr Daniel Ruddies

Frau Birkhild Schönleiter

Herr Thomas Schulz

Herr Maximilian Schwarz

Herr Jürgen Suhr

Frau Ann Christin von Allwörden

Herr Dr. Arnold von Bosse

Frau Petra Voß

Herr Dr. med. Ronald Zabel

Protokollführer

Herr Steffen Behrendt

Tagesordnung:

- 1** Eröffnung der Sitzung
- 2** Änderungsanträge zur Tagesordnung
- 3** Beschlussfassung über die Tagesordnung und Eintritt in die Tagesordnung
- 3.1** Einrichtungsbezogene Impfpflicht nicht umsetzen
Einreicher: Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion, Michael Philippen, Fraktion Bürger für Stralsund
Vorlage: DAn 0001/2022
- 3.2** Ein klares Zeichen für Frieden, Freiheit und Solidarität
Einreicher: Fraktion DIE LINKE.
Vorlage: DAn 0002/2022
- 3.3** Aufnahme und Unterstützung von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine
Einreicher: SPD-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI, Fraktion DIE LINKE
Vorlage: DAn 0003/2022
- 4** Ausschluss der Öffentlichkeit, Eintritt in den nichtöffentlichen Teil
- 6** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntmachung der Ergebnisse aus dem nichtöffentlichen Teil
- 7** Schluss der Sitzung

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Präsident der Bürgerschaft stellt die ordnungsgemäße Ladung fest und gibt bekannt, dass zu Beginn der Sitzung 37 Bürgerschaftsmitglieder anwesend sind, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Herr Paul geht auf den Angriffskrieg gegen die Ukraine ein:

Nicht nur Europa, sondern die ganze Welt ist schockiert ob des völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine.

Auch die Hansestadt Stralsund setzt ein Zeichen - ein sichtbares Zeichen der Solidarität, ein Zeichen der Demokratie und Freiheit.

Die am Rathaus wehenden Fahnen gelten heute ganz besonders allen betroffenen Menschen, insbesondere aber der ukrainischen Bevölkerung als Geste der Verbundenheit.

Der Präsident der Bürgerschaft bittet die Anwesenden, mit ihren Gedanken bei den ukrainischen Bürgern und Bürgerinnen und mit ihren Gedanken bei den Opfern dieses Krieges zu sein.

Als ein Symbol der Solidarität und der Anteilnahme erheben sich die Bürgerschaftsmitglieder von ihren Plätzen.

zu 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung

Zur Sitzung liegen drei Dringlichkeitsanträge vor.

Herr Dr. Zabel begründet die Dringlichkeit des Dringlichkeitsantrages DAn 0001/2022 mit dem Inkrafttreten der einrichtungsbezogenen Impfpflicht ab 15.03.2022.

Der Präsident lässt die Bürgerschaftsmitglieder gem. § 29 Abs. 4 Kommunalverfassung M-V (KV M-V) über die Erweiterung der Tagesordnung um den Dringlichkeitsantrag DAn 0001/2022 abstimmen:

Abstimmung: Mehrheit aller Gemeindevertreter
2022-VII-02-0799

Der Dringlichkeitsantrag DAn 0001/2022 wird unter TOP 3.1 in die Tagesordnung eingereiht.

Herr Buxbaum begründet die Dringlichkeit des Dringlichkeitsantrages DAn 0002/2022.

Herr Paul lässt die Bürgerschaftsmitglieder gem. § 29 Abs. 4 KV M-V über die Erweiterung der Tagesordnung um den Dringlichkeitsantrag DAn 0002/2022 abstimmen:

Abstimmung: Mehrheit aller Gemeindevertreter
2022-VII-02-0800

Der Dringlichkeitsantrag DAn 0002/2022 wird unter TOP 3.2 in die Tagesordnung eingeordnet.

Frau Bartel begründet kurz die Dringlichkeit des Dringlichkeitsantrages DAn 0003/2022.

Der Präsident lässt die Bürgerschaftsmitglieder gem. § 29 Abs. 4 KV M-V über die Erweiterung der Tagesordnung um den Dringlichkeitsantrag DAn 0001/2022 abstimmen:

Abstimmung: Mehrheit aller Gemeindevertreter
2022-VII-02-0801

Der Dringlichkeitsantrag DAn 0003/2022 wird unter TOP 3.3 in die Tagesordnung eingereiht.

zu 3 Beschlussfassung über die Tagesordnung und Eintritt in die Tagesordnung

Der Präsident stellt die vorliegende Tagesordnung einschließlich der zuvor gefassten Beschlüsse zur Abstimmung:

Abstimmung: Einstimmig beschlossen
2022-VII-02-0802

zu 3.1 Einrichtungsbezogene Impfpflicht nicht umsetzen **Einreicher: Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion, Michael Philippen,** **Fraktion Bürger für Stralsund** **Vorlage: DAn 0001/2022**

Herr Dr. Zabel begründet den Dringlichkeitsantrag DAN 0001/2022 ausführlich. Durch die gesetzlichen Regelungen sind zahlreiche Berufsgruppen tangiert. Nachfolgend geht er detailliert auf medizinische und epidemiologische Argumente ein, die gegen eine Impfpflicht sprechen.

Der bereits existente Personalmangel im sozialen Bereich könnte sich im Aspekt der Umsetzung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht verschärfen.

Zudem äußert Herr Dr. Zabel Bedenken hinsichtlich der konkreten Umsetzung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht durch den Landkreis VR. Er sieht außerdem die Möglichkeit, dass erhebliche personelle Ressourcen gebunden werden.

Durch die nicht eindeutigen Formulierungen im Gesetzestext könnte eine Ausweitung der Impfpflicht auf weitere Berufsgruppen erfolgen.

Unklar sind auch die Folgen für die Mitarbeitenden, die der Impfpflicht nicht nachkommen.

Frau Kindler bestätigt die Einschätzung, dass es zu einer Entlastung der Intensivstationen gekommen ist. Gleichwohl liegen zahlreiche nicht geimpfte Patienten aufgrund einer Covid-19-Infektion auf den Normalstationen der Kliniken.

Frau Kindler berichtet, dass auch seitens der Betreiber von Alten- und Pflegeeinrichtungen ein Bekenntnis zur einrichtungsbezogenen Impfpflicht geäußert wird. Sie stimmt zu, dass es durchaus noch offene Fragen zur Umsetzung und zum Geltungsbereich gibt. Dennoch hält Frau Kindler den Antrag für nicht hilfreich.

Sie teilt mit, dass aufgrund der unterschiedlichen Standpunkte innerhalb der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI frei abgestimmt wird.

Herr Dr. Zabel wiederholt, dass seitens des Landkreises VR angekündigt wurde, dass die Umsetzung der Impfpflicht erhebliche Ressourcen binden wird. Er stellt klar, dass durch eine vollständige Impfung kein Dritter vor einer Infektion geschützt wird.

Es ist nachgewiesen, dass die grundrechtseinschränkungs begründende Lage nicht mehr gegeben ist. Aus diesem Grund und da mildere Mittel erkennbar sind, hält Herr Dr. Zabel das Gesetz zur Einführung einer einrichtungsbezogenen Impfpflicht für grundrechtlich bedenklich.

Der Präsident stellt fest, dass kein weiterer Redebedarf besteht und stellt den Dringlichkeitsantrag DAn 0001/2022 zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt;

Der Oberbürgermeister wird beauftragt sich beim Landrat dafür einzusetzen

1. das Gesetz zur einrichtungsbezogenen Impfpflicht in dem ihm zur Verfügung stehenden rechtlichen Rahmen soweit wie möglich nicht umzusetzen.
2. Soweit eine Umsetzung, gemäß Ziffer 1, nicht unterlassen werden kann, wird der Landrat beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass im Rahmen auszuübenden Ermessens der Versorgungssicherheit in den betroffenen Einrichtungen überwiegendes Gewicht zukommt.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen
2022-VII-02-0803

zu 3.2 Ein klares Zeichen für Frieden, Freiheit und Solidarität
Einreicher: Fraktion DIE LINKE.
Vorlage: DAn 0002/2022

Herr Buxbaum erläutert den vorliegenden Antrag. Im ersten Satz des zweiten Absatzes wird nachfolgende Ergänzung vorgenommen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund verurteilt diesen brutalen Angriffskrieg auf die Ukraine auf das schärfste und fordert die sofortige Einstellung aller russischen Kampfhandlungen *und den Rückzug der russischen Soldaten aus der Ukraine!*

Herr Paul lässt über den Dringlichkeitsantrag DAn 0002/2022 einschließlich der genannten Ergänzung abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt gegenüber dem Landkreis Vorpommer-Rügen als auch der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns zu signalisieren, dass die Hansestadt Stralsund bereit ist ukrainische Flüchtlinge bei Bedarf aufzunehmen und ihnen humanitäre Hilfe zu gewähren.

Darüber hinaus soll zur heutigen Sitzung der Bürgerschaft am 28.02.2022 eine Schweigeminute für ALLE Verwundeten und Gefallenen dieses Krieges eingelegt werden.

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund verurteilt diesen brutalen Angriffskrieg auf die Ukraine auf das schärfste und fordert die sofortige Einstellung aller russischen Kampfhandlungen und den Rückzug der russischen Soldaten aus der Ukraine!

Wir solidarisieren uns im vollen Umfang mit dem ukrainischen Volk!

Wir stehen zur freien Selbstbestimmung des ukrainischen Volkes.

Mit tiefem Respekt stellen wir aber auch fest, dass sich mehr und mehr russische Bürgerinnen und Bürger gegen diesen perfiden Krieg stellen und Polizeigewalt und eigene Repressalien in Kauf nehmen.

Auch diesen Menschen sagen wir unsere vollste Solidarität zu!

Dieser Krieg ist der Krieg Putin´s und nicht der, der russischen Bevölkerung.

Deshalb stehen wir weiter zur Deutsch-Russischen Freundschaft und Aussöhnung, auch wenn diese Freundschaft gerade auf eine harte Probe gestellt wird.

Wir fordern eine sofortige Wiederaufnahme des Dialogs und zu Friedensverhandlungen ohne Vorbedingungen, denn der Krieg kennt nur Verlierer!

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen
2022-VII-02-0804

zu 3.3 Aufnahme und Unterstützung von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine
Einreicher: SPD-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI,
Fraktion DIE LINKE
Vorlage: DAn 0003/2022

Frau Bartel begründet kurz den Antrag.

Der Präsident stellt fest, dass kein Redebedarf besteht und stellt den Dringlichkeitsantrag DAn 0003/2022 zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Die weltoffene Hansestadt Stralsund verurteilt den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine aufs Schärfste. Als Stadt für den Frieden setzt sie sich für eine friedvolle Konfliktlösung ein, weshalb sie an der Seite aller steht, die für eine friedliche Lösung in mehreren Staaten, auch in Russland, demonstrieren. Daher soll eine Schweigeminute für alle Opfer des Krieges gehalten werden.

Die Hansestadt Stralsund erklärt sich bereit, Ukrainer und Ukrainerinnen, die vor dem Krieg flüchten, aufzunehmen und zu versorgen. Diese Aufnahmebereitschaft soll dem Landkreis Vorpommern-Rügen, dem Land Mecklenburg-Vorpommern sowie dem Bund und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund angezeigt werden. Weitergehend wird der Oberbürgermeister der Hansestadt Stralsund beauftragt, sich bei Land und Bund für eine Evakuierung besonders schutzbedürftiger Menschen (bspw. Kinder) einzusetzen.

Da ein Krieg langfristig nur diplomatisch gelöst werden kann, sollen bestehende diplomatische Beziehungen aufrechterhalten werden, es soll sich für eine friedliche Lösung des Konfliktes eingesetzt werden.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen
2022-VII-02-0805

zu 4 Ausschluss der Öffentlichkeit, Eintritt in den nichtöffentlichen Teil

Es erfolgt der Ausschluss der Öffentlichkeit. Herr Paul leitet in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung ein.

zu 6 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntmachung der Ergebnisse aus dem nichtöffentlichen Teil

Der Präsident stellt die Öffentlichkeit wieder her und gibt bekannt, dass die Vorlage B 00018/2022 gemäß Beschlussvorschlag durch die Bürgerschaft beschlossen wurde.

zu 7 Schluss der Sitzung

Herr Paul dankt für die Mitwirkung und schließt die Sitzung.

gez. Peter Paul
Präsident der Bürgerschaft

gez. Thomas Schulz
1. Stellvertreter des
Präsidenten der Bürgerschaft

gez. Steffen Behrendt
Protokollführung